

Eine Entgegnung auf Jens Bergers Beitrag [„Die Kanzlerin der Stammtische“](#) von Heiner Flassbeck.

Nun ist es endlich raus, was schief läuft in Euroland. Frau Merkel sagt (lt. WELT online vom 18.5.): „Wir können nicht eine Währung haben und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig. Das geht auf Dauer auch nicht zusammen.“ Jetzt kann man endlich verstehen, warum für die schwere Krise in Euroland offenbar keine Lösung gefunden werden kann. Die europäische Tragödie ist laut der deutschen Bundeskanzlerin die Folge der Weigerung der Südeuropäer, auf Urlaub zu verzichten. Diese Äußerung zeigt aber besser als alles bisher Gesagte, was wirklich die europäische Tragödie ausmacht: Die Unfähigkeit unserer Spitzenpolitiker und ihre ökonomischen Berater auch nur im Ansatz zu begreifen, was eine Währungsunion bedeutet und wie sie funktioniert.

Währungsunion bedeutet nämlich gerade nicht, dass alle gleich sein müssen und die Armen reicher und die Reichen ärmer werden müssen, damit es funktioniert. Das ist Gleichmacherei, die Frau Merkel ansonsten doch strikt ablehnt. Die Urlaubstage, die in einem Land genommen werden, sind vollkommen irrelevant für das Funktionieren einer Währungsunion. Währungsunion heißt nur, dass man sich auf ein gemeinsames Inflationsziel einigt und das für alle Zeiten durchhalten will. Ein niedriges Inflationsziel kann aber auch ein Armer einhalten oder einer, der arm ist und dennoch viel Urlaub machen will. Eine niedrige Inflation zu haben heißt nur, dass man sich an seine eigenen Verhältnisse anpassen muss, also an seine eigene Produktivität, wie die Ökonomen das nennen.

Wie jedes Land seine Produktivität nutzt, ob für höhere Löhne, für mehr Urlaubstage, für mehr Umweltschutz oder für eine bessere soziale Absicherung, ist absolut unwichtig. Wer allerdings dauernd über seinen Verhältnissen lebt, also mehr ausgibt, als er einnimmt, wird in einer Währungsunion hart bestraft, weil er im Handel mit den anderen zurückfällt, mehr importiert als exportiert. Wer sich aber verschulden muss, droht am Ende gar zahlungsunfähig zu werden, wenn die anderen, diejenigen, die unter ihren Verhältnissen gelebt haben, ihn nicht mehr finanzieren wollen.

Weil das so ist, einigt man sich in einer Währungsunion nicht auf ein Wachstumsziel oder gar auf ein gemeinsam anzustrebendes Einkommen, sondern auf eine gemeinsam anzustrebende Inflationsrate. Die erreicht man, wenn alle monetären Ansprüche in einer Volkswirtschaft, vor allem aber die Löhne, um nicht mehr als das Inflationsziel über der eigenen Produktivitätszuwachsrate liegen. Wird das eingehalten, lebt niemand über aber auch niemand unter seinen Verhältnissen und jeder kann sich auf seine spezifischen Stärken konzentrieren.

Gegen diese einfache Regel hat in den vergangenen zehn Jahren aber Deutschland mehr als jedes andere Land verstoßen. Deutschland hat hemmungslos unter seinen Verhältnissen gelebt, während die Südeuropäer in der Tat etwas über ihren Verhältnissen gelebt haben. Das korrigiert man aber nicht dadurch, dass man den Südeuropäern alle paar Tage um die Ohren haut, sie müssten nun unter ihren Verhältnissen leben, sondern nur dadurch, dass man zugibt, selbst etwas falsch gemacht zu haben, und verspricht, dass man nun selbst für einige Jahre über den eigenen Verhältnissen leben muss, um den anderen eine Chance zur Erholung zu geben.

Wer nicht weiss, wie ein Auto funktioniert, kann es nicht reparieren. Wenn nun alle, die die Auffassung der Bundeskanzlerin teilen, aber auch alle, die ihr nur mit dem Hinweis auf gegenteilige Fakten widersprechen, für ein paar Jahre schweigen würden, weil sie endgültig bewiesen haben, dass sie gar nicht wissen, worum es geht, wäre das endlich der Fortschritt, der der Eurozone eine Chance gibt.